

OneCoin: Wo sind die zehn Milliarden Dollar in Bitcoin?

Martin Himmelheber (him)

9. September 2021

„Dear Ms. Poussou“ – So beginnt ein langer Brief des Londoner Rechtsanwalts Dr. Jonathan Levy an die Chefin der Financial Crimes Investigations Unit – kurz Finanzpolizei – der Seychellen. Die liebe Miss Poussou möge sich doch bitte um Finanzgeschäfte kümmern, die im Namen von Ruja Ignatova über ihren Inselstaat im indischen Ozean abgewickelt worden seien.

Levy erklärt in seinem Brief vom 17. August, er vertrete Menschen, die Millionen Dollar in OneCoin, Rujas angebliche Kryptowährung, investiert hätten. Etwa 500 Millionen Dollar seien kürzlich auf Bankkonten in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAR) aufgetaucht. Und an diese Millionen will Levy für seine Mandanten dran.

Dubai-Konten gegen Bitcoin

Was die Seychellen damit zu tun haben? Das ist eine längere Geschichte. Als die in Schramberg aufgewachsene Cryptoqueen und ihr OneCoin-Kollege und mutmaßlicher Liebhaber Karl Sebastian Greenwood in Dubai 2015 Probleme mit den Behörden hatten und diese ihrer Konten sperrten, da habe ihr Seine Exzellenz Sheikh Saoud bin Faisal Al Qassimi aus der Patsche geholfen, so Levy.

Bitcoin-Vertrag zwischen Scheich und Cryptoqueen.

Ruja überschrieb dem Scheich einen Teil ihrer Bankguthaben, Firmen und Immobilien in VAR im Wert von etwa einer Milliarde Dollar. Ignatova habe dafür eine Anwaltsvollmacht („Power of Attorney“) ausgestellt. Im Gegenzug habe Al Qassimi Ruja vier „Hard Wallets“, eine Art Hochsicherheits-USB-Sticks, gegeben. Auf diesen Wallets seien 230.000 Bitcoin gespeichert, damals 50 Millionen Dollar wert. Ein gute Geschäft für den Scheich damals – heute allerdings wären die Bitcoins zehn Milliarden Dollar wert, schätzt

Anwalt Levy.

Anwaltsvollmachten mit gefälschten Unterschriften?

Mit einer solchen Anwaltsvollmacht seien der Scheich und Mimoun Madani, ein Immobilienmakler mit niederländischem Pass, in Dubai zu Gerichten und Banken gegangen, um ihre Eigentumsrechte an den OneCoin-Konten und -Firmen zu beweisen. „Ob Madani und Al Qassimi auf eigene Rechnung oder für die untergetauchte Ignatova arbeiten, ist unbekannt“, schreibt Levy auf seiner Homepage.

Die Anwaltsvollmacht mit Ruja Ignatovas angeblicher Unterschrift.

Das Problem: Anwalt Levy ist überzeugt, die Vollmachten sind Fälschungen. Ein graphologisches Gutachten des Experten Ahmed Obaid Al Bah aus den VAR zeige auch, dass Ruja Ignatovas „Unterschrift gefälscht“ sei.

Allerdings - und nun kommen die Inseln im indischen Ozean ins Spiel - hat die Dokumente Notar Bernard Georges auf den Seychellen beglaubigt. Interessant: Das Dokument stammt vom 30. Januar 2018. Nur: Ruja Ignatova flog am 22. Oktober 2017 von Sofia nach Athen - und ist seitdem spurlos verschwunden.

Unterschriftenvergleich im Gutachten.

Die Notare auf den Seychellen

Doch Notar Georges schreibt an Levy, er habe lediglich beglaubigt, dass die Vollmacht existiere, nicht, dass sie von Ignatova und Greenwood in seiner Gegenwart auch unterzeichnet worden seien. Greenwood, der seit seiner Festnahme in Thailand und Auslieferung an die USA dort in einem Gefängnis auf seinen Prozess wartet, hat am 30. Oktober 2020 eine Erklärung abgegeben, dass die angebliche Anwaltsvollmacht für Madani gefälscht sei und zu illegalen Zwecken genutzt werde, nämlich um an seine Konten bei der Mashreq Bank in Dubai zu gelangen.

Levy bittet denn die „liebe Miss Poussou“, die Notarspraktiken auf den Seychellen zu überprüfen. Praktiken, bei denen derlei Dokumente einfach beglaubigt werden, ohne zu prüfen, ob sie authentisch sind – „und die beteiligten Parteien überhaupt existieren“.

Notarsbestätigung von den Seychellen. Alle Dokumente stammen von Anwalt Jonathan Levy.

Auch der zweite betroffene Notar schreibt an Levy, er habe „niemals“ die beiden Unterschriften beglaubigt. „Keine der beiden Individuen erschien bei mir auf den Seychellen für die Unterschriften“, versichert er. Er sei sehr sicher, dass es sich um eine Fälschung seines Siegels und seiner Unterschrift handle.

Behörden wachen auf

Wie die Nachrichtenagentur der Seychellen (SNA) Ende August meldet, wollen die dortigen Behörden den Fall untersuchen. Die Chefin der Rechtsabteilung der „Financial Crime Investigation Unit“, Tania Potter, habe der Agentur berichtet, man habe „eine ganze Menge Dokumente“ erhalten. Einige davon müsse man nun auf Verbindungen zu den Seychellen überprüfen, um dann weitere Schritte zu beschließen.

Der Londoner Anwalt Levy hatte darauf hingewiesen, dass große Kryptowährungsbörsen, wie Binance die Seychellen als Firmensitze nutzten. Wenn der Inselstaat nicht in der Lage sei, solche Geschäfte zu regulieren, könnten „ernsthafte Probleme mit Geldwäsche-Geschäften“ aufkommen. Ihre Abteilung erhalte immer mal wieder solche Anfrage, so Potter zur SNA. Ungewöhnlich sei, dass ein Privatmann sie eingeschaltet habe: „Wir erhalten sie üblicherweise von Interpol oder von anderen Polizeibehörden.“

Dann helfe man so gut man könne. Allerdings seien die Betrugsopfer ja nicht auf den Seychellen betrogen

worden. „Deshalb ist es für uns schwierig, die Person zu verfolgen, die das Verbrechen begangen hat oder mitgeholfen hat, es zu begehen.“

Levy: Seychellen überfordert

Auf Nachfrage der NRWZ hat Levy darauf hingewiesen, dass solche Kryptobörsen wie Binance oder Huobi ganz bewusst die Seychellen für ihre Geschäfte ausgewählt hätten, weil den dortigen Behörden „die Mittel und Fähigkeiten fehlen, um komplexe Krypto-Transaktionen zu untersuchen“. Die Behörden bemühten sich zwar, dennoch sei es problematisch, dass solche großen Börsen sich auf den Seychellen angesiedelt hätten.

Dass Levys Kritik angekommen ist, zeigt ein aktueller Bericht der SNA: Am 8. September meldet die Nachrichtenagentur, dass Finanzministerium des Inselstaates arbeite daran, solche Handelsplattformen für Kryptowährungen entweder zu lizensieren oder zu verbieten.

OneCoin-Skandal macht nachdenklich

Zur Begründung heißt es, mehrere internationale Untersuchungen zu Betrugereien mit Kryptowährungen bezögen sich auf die Seychellen. Das jüngste Ereignis sei der Fall von OneCoin, bei dem es um 230.000 Bitcoins gehe, die inzwischen etwa zehn Milliarden Dollar wert seien.

Der Chef der Abteilung gegen Geldwäsche und Terrorfinanzierung Randolph Samson habe Reportern gegenüber erklärt, sein Land habe die Verantwortung, dafür zu sorgen, dass Firmen und Personen nicht in illegale Geschäfte wie Geldwäsche verwickelt seien. Man werde prüfen, ob solcherlei Geschäfte gut für die Seychellen seien. Wenn es zu riskant sei und dem Inselstaat einen schlechten Ruf bringe, „werden wir sie einfach verbieten“, so Samson.

Ob die Cryptoqueen die vier „Hard Wallets“ mit Bitcoins von Scheich Saoud bin Faisal Al Qassimi bereits zu Geld gemacht hat, oder wer sie derzeit besitzt, bleibt weiter rätselhaft. Vielleicht lebt sie ja in einem der Emirate und genießt ihr Leben. Die Ermittlungen gegen sie haben die dortigen Behörden ja eingestellt.